

Rumänien am Ende seiner Kräfte?

Warten auf die Demokratie...

Rumänien: Nach den Umbrüchen Ende 1989 in ganz Osteuropa vergessen gegangen. Schlagzeilen gab es höchstens noch bei den Massakern in Tirgu Mures oder in Bukarest oder bei den jüngsten Überschwemmungs-Katastrophen. Rumänien 1991: Eine enteierte Revolution in einem Land am Rande seiner Kräfte.

Roland Brunner bereiste das Land und war für die BRESCHÉ am Kongress des rumänischen Bürgerforums Alianta Civida in Bukarest.

Was sich in Rumänien verändert hat seit dem Dezember 1989, darüber streiten sich auch die Leute in Rumänien. Sicher ist soviel: Ceausescu, langjähriger grausamer Herrscher über sein Reich, floh am 22. Dezember aus Bukarest. Entmachtet wurde er einerseits offenbar durch einen lange vorbereiteten Putsch der Nomenklatura selbst: Schon im November waren Gerüchte laut geworden, Iliescu plane mit Hilfe ihm loyaler Teile der Geheimarmee Securitate die Ablösung Ceausescus. Diese Palastrevolution und der Widerstand Ceausescu-loyaler Securitate-Einheiten initiierten andererseits einen spontanen Volksaufstand gegen die kommunistische Herrschaft, der innert kurzer Zeit weit über die kontrollierbaren Dimensionen hinauswuchs. Drei Tage später wurde Ceausescu hingerichtet nach einem Gerichtsprozess, der höchstens als Farce bezeichnet werden kann.

Die zweite Garde übernimmt die Macht

Im Januar 1990 wurde die Nationale Rettungsfront FSN gegründet. Sie sprang in das politische Vakuum, das der Volksaufstand gerissen hatte, und usurpierte mit Leuten aus der bisherigen zweiten Garde der KP-Clique die Schlüsselpositionen

in der «revolutionären Regierung». Dank massiver Manipulation und populistischem Agieren gelang es der FSN sogar, die Wahlen im Mai 1990 mit überwältigender Mehrheit zu gewinnen und die authentischen RevolutionärInnen politisch zu marginalisieren.

Von der Opposition wird die FSN als direkte Fortsetzung der kommunistischen Herrschaft charakterisiert, während sie sich selbst als «Freund aller Rumänen» bezeichnet. Die FSN stellt zwar die Zentralregierung in Bukarest, ist aber in den nördlichen Gebieten, die zu bis 90 Prozent von Ungarnstämmigen bewohnt werden, nur schwach vertreten. In Städten wie Timisoara oder Tirgu Mures besteht die Gefahr, dass die FSN die lokalen Autoritäten von oben her abschneidet und die Lage «normalisiert», d.h. rumänischem Standard angepasst wird. In Timisoara, wo der Volksaufstand gegen die Ceausescu-Diktatur seinen Anfang nahm, ist heute auch die politische Resignation am schlimmsten. Obwohl der Bürgermeister nicht zur Nationalen Rettungsfront (FSN) gehört, sondern als unabhängiger Grüner gewählt wurde, bestimmt die FSN weitgehend das Geschehen. In Bukarest zählt sie auf die Unterstützung eines radikalisierten Populismus vor allem älterer Menschen, die ihren Besitzstand in Frage gestellt sehen.

Brutales Vorgehen gegen die demokratische Bewegung

Unter Legitimationsdruck geraten, kam es im Juni 1990 in Bukarest zu schweren Zwischenfällen: Regierungswächter, rekrutiert aus Bergarbeitern (gegen eine angeblich faschistische Kundgebung aufgehetzt) und ehemaligen Securitate-Offizieren, griffen StudentInnen und MenschenrechtsaktivistInnen tätlich an und zerstörten die Lokalitäten oppositio-

ner Gruppierungen und Parteien. Am 22. April hatte in Bukarest auf dem Universitätsplatz in Bukarest die mit 52 Tagen längste permanente Massenkundgebung in der Geschichte Rumäniens begonnen: Zehntausende von StudentInnen, unterstützt von vielen bekannten Kulturschaffenden, ProfessorInnen und VertreterInnen der demokratischen Opposition manifestierten mit einem gewaltlosen Happening ihren libertären Widerstand gegen die «kommunistische» Diktatur. Tag und Nacht fanden Konzerte, Lesungen und Ansprachen statt. In der Nacht des 13. Juni räumte die bewaffnete Polizei den Platz von den Hungerstreikenden, und am Morgen darauf fuhr auf schweren Baumaschinen 10'000 Bergarbeiter in die Stadt – aufgeboden von ihrer Gewerkschaft – und terrorisierten mit brutalstem Vorgehen Bukarest während dreier Tage. Vorausgegangen war dem Massaker, bei dem gegen 200 Personen in den Strassen umgebracht wurden, eine nationale Medienkampagne, die die Kundgebung als «faschistische Kundgebung der Intellektuellen» verschrie. Ein Bergarbeiter, befragt nach den Motiven: *«Sie haben Geld und Waffen, und sogar eine elektrische Schreibmaschine haben wir in ihrem Büro gefunden!»* *«Haben Sie das selber gesehen?»* *«Nein, aber es stand in unserer Zeitung...»*

Die Politik der Nationalen Rettungsfront

Marian Covrig, Präsident der FSN Tirgu Mures, beschreibt die Politik der FSN so: *«Die Regierung versucht, den Leuten zu helfen, und wir helfen der Regierung.»* Programmatisch setzt sich die FSN für eine Privatisierung der Wirtschaft und für eine Annäherung an Europa ein. Dabei hofft sie vor allem auf die

Minderheiten in Rumänien



Unterstützung durch die EG und den IWF. Covrig besteht denn auch darauf, dass die Mehrheit der FSN-Mitglieder nie in der KP waren, sondern das alte Regime bekämpften. Wieviele Mitglieder die FSN hat und wie sie strukturiert ist, könne er mir allerdings nicht sagen...

Der «unabhängige» Bürgermeister von Tirgu Mures, *Victor Suci*, betont denn auch, dass es beispielsweise zwischen UngarInnen und RumänInnen gar keine Probleme gebe. Die gewaltsamen Zwischenfälle vom 21./22. März 1990 in Tirgu Mures, bei denen sechs Menschen getötet wurden, seien vor allem von den ungarischen Medien hochgespielt und falsch dargestellt worden. Europa habe deswegen ein total falsches Bild von Rumänien bekommen. Die UngarInnen verlangen seiner Meinung nach immer mehr Privilegien, ohne auch die Pflichten der rumänischen Staatsangehörigkeit anzuerkennen. Weltmännisch erzählt er von seiner Reise in die USA, wo es ganz normal sei, dass eine Person, die die US-amerikanische Staatsangehörigkeit beantragt, eine Prüfung in Englisch und in amerikanischer Geschichte ablegen müsse. Also hätten sich auch die UngarInnen in Rumänien anzupassen. Sonst könnten sie das Land ja verlassen.

Suci wurde als Bürgermeister wie die meisten lokalen Autoritäten nicht gewählt (es fanden seit der Vertreibung Ceausescus keine lokalen Wahlen statt), sondern von der FSN in Bukarest eingesetzt. Als Parteiloser gehört er wie viele Regierungsmitglieder der «kulturellen Organisation» VATRA Rumaneasca an, einer extremistischen und national-faschistischen Organisation, die das eigentliche Kräftepotential der FSN darstellt. Obwohl die VATRA mit der PUNR (Partidul Unitatii Nationale Romane) einen eigenen politischen Flügel besitzt, sind die meisten Mitglieder der FSN gleichzeitig in der VATRA aktiv.

Nationalismus als Trumpfkarte

Während in Tirgu Mures vor 30 Jahren noch 70% der Bevölkerung ungarstämmig waren und ungarisch sprachen, stellen heute durch die Besiedlungs- und Rumänisierungspolitik Ceausescus die RumänInnen 50% der Bevölkerung. Historische Unterschiede und latente Konflikte gaben denn auch den Boden ab für einen bewusst geförderten Nationalismus der RumänInnen. Die zweite Reihe der Nomenklatura, nach dem Sturz Ceausescus selber an die Macht gekommen, spielte diese Karte zur Erhaltung der eigenen Privilegien aus, schaffte damit für die effektiv vorhandenen sozialen Probleme und Widersprüche einen ethnischen Ausdruck und konnte damit die Aufmerksamkeit von der eigenen Verantwortung ablenken. Zudem verhalf dieser «Nationalitätenkonflikt» der Securitate, Ceausescus Geheimpolizei und -armee, zu neuer Legitimation bei einem Teil der rumänischen Bevölkerung.

Die enteignete Revolution

Florian Mihalcea, Chefredaktor der Tageszeitung «Timisoara», sieht als Hauptproblem heute aber nicht die Repression durch Regierung oder Militär, sondern die völlige Erschöpfung der Menschen. Tatsächlich machen die Stadt und ihre Menschen einen Eindruck totaler Niedergeschlagenheit. Nach harten Kämpfen und vielen Toten, nach der Hoffnung auf Aufbruch und Veränderung stehen sie heute in einer prekären Lage: Ein qualifizierter Arbeiter rechnet heute mit einem Monatseinkommen von 6500 Lei, eine unqualifizierte Arbeiterin darf für die Hälfte froh sein. Nach mehreren Teuerungsschüben und damit verbundener Inflation entsprechen 6500 Lei einem

Schwarzmarktpreis von 55 Franken – dem Preis, der Westtouristen für eine Hotelübernachtung abgeknöpft wird. Blühendstes Geschäft in den Strassen ist denn auch der Schwarzwechsel. Beliebteste Betätigung das Trinken. Die Alkoholprobleme in der Region haben enorm zugenommen. Die Verarmung breiter Bevölkerungsteile, das Gefühl, von Europa allein gelassen zu werden, Arbeits- und Perspektivlosigkeit führten zu politischer Apathie und Resignation. Aufrufe zu Kundgebungen oder Streiks verhalten praktisch ungehört, da niemand mehr daran glaubt, nach allen Kämpfen mit solchen Mitteln noch etwas zu erreichen.

Der Aufstand im Dezember 1989 brach unvorbereitet und spontan aus. Tatsächlich eröffnete er demokratische Spielräume. Die Pressefreiheit beispielsweise ist heute garantiert, auch wenn die Regierung mittels einer Verzehnfachung der Papierpreise, der massiven Erhöhung von Drucktaxen und Zustellgebühren dieses Recht de facto immer wieder in Frage stellt. Wirtschaftlich ging es aber mit Rumänien immer weiter bergab. *Elek Szokoly*, Mitglied des Bürgerforums und der Liga für Europa in Tirgu Mures, charakterisiert die wirtschaftliche Lage so: «*Alles, was früher funktionierte, ist heute total desorganisiert. Die deformierte staatsbürokratische Planung wurde durch das Fehlen jeder Planung ersetzt.*»

Das Bürgerforum gründet eine Oppositionspartei

Die Schwäche der Opposition widerspiegelt sich in ihrer Zersplitterung und Konzeptlosigkeit. Etwa 100 Parteien sind entstanden, von denen sich praktisch alle irgendwie zur politischen Mitte zählen, da weder «kommunistisch» noch «fa-



schistisch» gut ankommt. Die programmatische Klärung dieser meist nur lokalen und oft auf wenige Mitglieder beschränkten Gruppen hat noch kaum begonnen. Besitzen sie überhaupt ein Programm, so sind diese praktisch deklungsgleich. Laut Oppositionellen gibt es aber eigentlich nur zwei Parteien in Rumänien: die KommunistInnen und die AntikommunistInnen.

Ausgangspunkt für die meisten politischen Überlegungen ist aber das Bürgerforum (Alianta Civica), das nach den Juni-Ereignissen 1990 in Bukarest zur Dachstruktur verschiedenster oppositioneller, ausserparlamentarischer Kräfte wurde. Mitglied des Bürgerforums kann nur werden, wer die «Erklärung von Timisoara» unterzeichnet, die in Punkt 8 erklärt, dass Mitglieder der Kommunistischen Partei nur aufgenommen werden, wenn sie nicht zur «aktiven Partei», d.h. zum bezahlten Apparat gehörten. Nach anfänglichen Hindernissen seitens der Regierung konnte die Alianta Civica im November dann auch formell gegründet werden. Mittels Massenkundgebungen und Hungerstreiks versuchte das Bürgerforum, zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen und sie der herrschenden FSN entgegenzusetzen. In ihrer Charta vom Dezember fordert sie eine Volksabstimmung über den Charakter der zukünftigen Regierung und betont, **«das Volk und nur das Volk allein kann darüber entscheiden, ob wir in Zukunft eine "konstitutionelle Monarchie", eine "Präsidentialrepublik" oder eine "parlamentarische Republik" sein wollen».**

Nicolae Manolescu, Herausgeber der Zeitschrift «Romania Literara», nach der Revolution zum Rektor der Universität Bukarest gewählt (ein Amt, das er aber ablehnte), neu gewählter Präsident der Bürgerforumspartei und wohl zukünftiger Präsidentschaftskandidat, zitiert ein rumänisches Sprichwort, wonach die

RumänInnen Veränderungen nur befürworteten, wenn sich nichts ändere. Er betont dann aber: **«Um die Gesellschaft zu verändern, muss man die Menschen ändern – und das ist unsere Hauptaufgabe. Wir müssen uns der Politik stellen. Wer soll es denn sonst tun: Kant? Fichte? Plato?»**

Während die Kontakte zu anderen antitotalitären demokratischen Gruppen und Parteien (u.a. Sozial- und Christdemokraten, Grüne, Bauernpartei und VertreterInnen der UngarInnen) erst auf individuelle Kontakte beschränkt blieben, wurde im April 1991 dann zur besseren Koordinierung der Aktivitäten ein breiteres Forum gegründet, das mit wöchentlichen Treffen die eigenen Anstrengungen verstärken sollte. Zudem sind auch Mitglieder verschiedener Parteien in den Reihen des Bürgerforums aktiv. Die Ineffizienz dieses Vorgehens, das Fehlen einer politischen Kraft führten dann im Verlaufe des Jahres 1991 zum Projekt eines eigenen politischen Flügels. Anfang Juli erschien die erste Zeitung «Alianta Civica». Vom 5.–7. Juli fand in Bukarest der erste ausserordentliche Kongress des Bürgerforums statt, auf dem der Schritt zur Partei mit grosser Mehrheit (490:6 bei 10 Enthaltungen) beschlossen wurde. Aus dem Bürgerforum heraus entstand eine neue Partei, die Partidul Aliantei Civice, die sich auch zum politischen Zentrum rechnet. Das Bürgerforum wird daneben seine bisherige Arbeit weiterführen. Eine Doppelmemberschaft in der Leitung der Bewegung und der Partei wurde bewusst ausgeschlossen. Die Bewegung bleibt aber weiterhin ein Sammelbecken verschiedener politischer Strömungen. Für die Lokalwahlen in diesem Herbst strebt die Bürgerforumspartei deshalb gemeinsame Listen der antitotalitären Opposition an.

Nicolae Manolescu erklärt den Delegierten auf dem Gründungskongress unter

dem Transparent «Nu putem reusi decat impreuna» («Nur gemeinsam können wir gewinnen»), es handle sich nicht einfach um noch eine Partei mehr, sondern um das moralische und politische Kapital des Bürgerforums. Stelian Tanase, Herausgeber der Zeitschriften «22» und «ACUM», Autor der Statuten des Bürgerforums und neu einer von drei Vizepräsidenten der Bürgerforumspartei, betont in seiner programmatischen Rede die Notwendigkeit der Vereinigung mit der ganzen Opposition. Ziel sei die Abschaffung der jetzigen Strukturen und der sowjetisierten Institutionen. Zum Charakter der neuen Partei bemerkt er: **«Sind wir eine linke oder eine rechte Partei? Die sozialen und politischen Realitäten Rumäniens erlauben keine solche Klassifizierung. Es gibt Parteien, die für Reformen sind, und solche, die dagegen sind. Wir sind für ein demokratisches Streben nach Demokratie. Wir sind eine Partei ohne Ideologie, oder – besser gesagt – ihre Ideologie sind die Bedürfnisse der Menschen.»** Er wendet sich klar gegen Demagogie und Populismus und betont die Notwendigkeit einer pragmatischen Politik, die das Hoffnungskapital der Jugend wiederaufbaue.

Nicht der neuen Partei beigetreten sind bekannte Oppositionelle wie Doina Cornea, die eigentliche First-Lady Rumäniens und «Seele der Opposition», mehrmals im Hungerstreik und im Gefängnis unter Ceausescu, von der FSN bei den Wahlen wegen ihrer Bekanntheit auf dem ersten Listenplatz präsentiert, von dort aber unter Protest zurückgetreten, Gabriel Andreescu, Präsident der rumänischen Menschenrechts-Kampagne, oder Mihail Sora, ehemaliger Schul- und Erziehungsminister, für die FSN gewählt, aber nach seiner Solidarisierung mit der StudentInnen-Bewegung rausgeworfen. Sie alle sind weiterhin in der Basisstruktur und Leitung der Alianta Civi-

Interview mit dem rumänische Dichter Mircea Dinescu*

«Wunder dauern nur drei Tage»

Die Diktatur steckt als Virus noch immer in den Hirnen. Das führt zu neuen Hysterien. So schreit man heute auf unseren Strassen: «Tod den Intellektuellen! Wir arbeiten – wir denken nicht!» (...) Menschen, die in den Wohnblocks jahrelang in der Kälte gelebt haben, nichts als Hunger und Angst, sind total verwildert. Wir müssen hier eine neue geistige, moralische und vielleicht sogar biologische Alphabetisierung beginnen. (...) Bei uns war die Situation viel dramatischer als in der CSFR. Um in Rumänien ein guter Präsident zu werden, hätte man sich vor allem auf die Wurst- und Bierproduktion verstehen müssen. Havel hat nicht Wurst und Bier und Seife an seine Bevölkerung verteilen müssen, weil sie das schon hatte. Er konnte sich um Freiheit und Menschenrechte kümmern, hier aber ersehnen die Menschen erst mal ihr materielles Existenzminimum. (...)

Im Dezember 1989, zu Weihnachten, hat in Rumänien ein Wunder stattgefunden, und eines unserer Sprichworte sagt: Jedes

Wunder dauert drei Tage. Danach begann die Enttäuschung. Es war damals eine ganz aussergewöhnliche Strassenbewegung, aber keine richtige Revolution. Denn diese hätte sich auch im Kopf abspielen müssen, und das ist nicht geschehen. Anders als in Polen oder in der CSFR war hier niemand auf einen Umsturz vorbereitet, es gab keinerlei organisierte Opposition. (...) Rumänien war von allen osteuropäischen Ländern das Land mit den wenigsten Dissidenten. (...)

War der Sturz Ceausecus also auch ein verkappter Staatsstreich, wie das der rumänische Schriftsteller Richard Wagner und andere Beobachter im Westen vermuten?

Nein, diese inzwischen auch in Rumänien vertretene These ist völlig falsch. Ich persönlich hätte im übrigen vor Funktionären, die einen Staatsstreich gegen Ceausecu geplant hätten, grossen Respekt. Leider hatten sie nie den Mut dazu; sie haben diese Konspirationslegende erst nachträglich zur Selbstrechtfertigung in

die Welt gesetzt. Alle Generäle, die jetzt behaupten, gegen Ceausecu konspiriert zu haben, traten am 22. Dezember im Fernsehstudio vor mich hin, um mir Meldung zu machen. Mit zitternden Knien. Ion Caramitru und ich wiesen sie dann an, was sie auf dem Bildschirm sagen sollten (dass die Armee auf seiten der Revolutionäre sei und so weiter). Nach drei Tagen sahen aber die Generäle wieder ganz anders aus. Sie trugen frisch gebügelte Uniformen, einige hatten einen Stern mehr auf den Epauletten, und sie benahmen sich, als seien sie schon immer die Herren von morgen gewesen. In einer rumänischen Fernsehdokumentation über den Aufstand hat man die ersten kläglichen Auftritte der Generäle inzwischen rausgeschnitten. Tatsächlich haben spontane Wut und Mut des Volkes Ceausecu hinweggefegt, doch wir, die fünf oder sechs wirklichen Dissidenten, waren nicht in der Lage, diese neue Massenbewegung zu organisieren.

* aus einem Interview in «Die Zeit» vom 9.8.1991

ca tätig, ohne sich aber am Parteaufbau zu beteiligen. Doina Cornea erklärte ihr Abseitsstehen damit, dass das Programm der Bürgerformspartei in grossen Teilen demjenigen der Bauernpartei gleiche und sie daher mit ihrer christdemokratischen Gesinnung aus konventionellen Gründen wenn schon der Bauernpartei beitreten würde.

Die neue Bürgerformspartei ist kaum mit einer Partei westeuropäischen Zuschnitts zu vergleichen. Sie erinnert in ihrer Konstituierungsphase viel eher an andere zentral- und osteuropäischen politischen Strukturen wie das tschechische Bürgerforum. Ob es ihr aber wie diesem auch gelingt, das moralische und kulturelle Potential, das sie verkörpert, in eine politische Alternative umzusetzen, hängt vor allem davon ab, ob es ihr gelingen wird, das intellektuelle Milieu zu verlassen und breitere Schichten der Bevölkerung einzubeziehen. Neben einer Vielzahl von PhilosophInnen, Film- und Medienschaffenden, LiteratInnen usw. sitzt bisher einzig ein Arbeiter als Gewerkschaftsvertreter aus Konstanza in der Leitung der Partei – auch wenn er betont, die Gewerkschaften in Konstanza stünden praktisch geschlossen hinter der Alianta Civica.

Ein weiteres Parteiprojekt trägt *Claudiu Jordache* mit sich, ehemals Mitglied der Nationalen Rettungsfront, heute Parlamentsvertreter von Timisoara und bekannter Sprecher der Gewerkschafts-

zentrale Alfa. Mit seiner Partei «Gewerkschaftsallianz» strebt er ein grundsätzlich linkes Projekt an, wobei auch hier der Begriff «links» inhaltlich nicht über den Syndikalismus hinaus definiert ist. Laut eigenen Aussagen will er für die nächsten Wahlen gemeinsam mit dem Bürgerforum und der wertkonservativen Bauernpartei gegen die Front antreten.

Vorwärts zur Monarchie?

Ausdruck der Schwäche und Zersplitterung ist sicher auch die Hoffnung auf die Rückkehr des ehemaligen rumänischen Königs Michael aus dem Schweizer Exil. *Florian Mihalcea* erklärt, Rumänien wäre nie eine Republik gewesen, nur die Könige hätten sich abgewechselt. Trotzdem meint er: «Wenn wir etwas ändern und die Kommunisten von der Macht vertreiben wollen, müssen wir wieder bei 1947 anknüpfen.» Einzig der König als Figur, die über den Parteien stehe und die keine Partikularinteressen verfolge, sei fähig, die Situation politisch zu stabilisieren und die Parteiquerelen zu überbrücken. Zudem sei die Rückkehr des Königs ein Zeichen an den Westen, dass sich jetzt wirklich etwas verändere. König Michael erklärte sich in einem Interview den Prinzipien der Zivilgesellschaft, des moralischen Wiederaufbaus, der demokratischen Spielräume und des politischen Pluralismus verpflichtet.

Nicolae Manolescu wehrt sich aber dagegen, das Bürgerforum als monarchistische Organisation zu bezeichnen. Dazu seien die Meinungen viel zu breit gefächert. Die Rückkehr des Königs sei ein Projekt der politischen Nostalgie und der Taktik. «Erste und wichtigste Aufgabe für uns», so Manolescu, «ist jetzt aber der Aufbau unserer Partei, damit wir ein eigenständiges Gewicht erhalten und zur wirklichen Alternative gegen die FSN bei den Wahlen nächsten Mai oder Juni werden. Bis dann wird die Front an ihren Versprechungen, die sie bei den letzten Wahlen gemacht hat, gemessen werden und die Verantwortung tragen müssen für ihre Politik.»

Die Schwäche der demokratischen Opposition, als eigenständige Kraft eine Alternative zu bieten, und die Mischung von libertär-antiautoritärem Antikommunismus, christdemokratisch-wertkonservativem Weltbild und Hoffen auf Marktwirtschaft und Kapitalismus lassen also die Wiedereinführung der konstitutionellen Monarchie als Schritt nach vorne erscheinen. Zivilgesellschaftliche Spielräume würden dadurch wohl tatsächlich eher vergrössert, wenn dieser Schritt die Zersetzung des bisherigen Kontroll- und Staatsapparates und damit die Ablösung des bisherigen Absolutismus ermöglichen würde – so anachronistisch das in unseren aufgeklärten und abgebrühten Ohren auch tönen mag.